

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

268 (17.11.1932)

Volksfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTAUMITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaarte Millimeterzeile kostet 12 Dinners, Gegenüber...

Untere wöchentlichen Beilagen: Heim, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialist, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die...

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährig 5,46 Dlg., halbjährig 10,92 Mark...

Nummer 268 Karlsruhe, Donnerstag, den 17. November 1932 52. Jahrgang

Rücktrittsbereitschaft Papens

Die Süddeutschlandreise des Kanzlers abgelagt

WEI, Berlin, 16. Nov. Der Reichskanzler hat sich veranlaßt gesehen, die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abzusagen, da er nach dem Ergebnis der heutigen Parteiführerbesprechungen es für richtiger hält, eine Klärung der politischen Lage abzuwarten.

Mit dieser Absage seiner Reise nach Süddeutschland trifft von Papen zweifellos die Wünsche der süddeutschen Bevölkerung, die sich nie nach dem Besuche dieses Kanzlers gefehlt hat. Die Absage ist jedoch mehr, sie ist gleichzeitig die mögliche Ursache des bevorstehenden Sturzes des Reichskanzlers von Papen. Die Einladung des Reichskanzlers an die Parteien und die sich teilweise bereits daraus ergebenden Besprechungen haben die Situation geklärt. Wir haben in unserer gestrigen Nummer bereits die klare Antwort mitgeteilt, welche der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Herrn von Papen übergeben hat, worin er als seinen einstimmigen Beschluß mitteilt, daß er es ablehnt, der Einladung des Reichskanzlers von Papen zu einer Unterredung zu folgen und worin er entsprechend der Situation den Rücktritt des Reichskanzlers fordert. Die gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien haben die weitere Unhaltbarkeit der Kanzlerschaft von Papen dargetan. Das Zentrum hat bei dieser Besprechung bei seiner bisherigen Politik der „nationalen Konzentration“ festgehalten und dabei betont, daß es bei einer solchen Konstellation keine Möglichkeit für eine weitere Kanzlerschaft Papens sehe, worauf dieser erklärt haben soll, daß seine Person keinen Sammelgrund für eine solche Konstellation sein soll.

Nach der negativen Seite in der Forderung nach dem Sturz von Papens befindet sich nunmehr völlige Einigkeit. Eine andere Frage ist es jedoch, wie weit nach der politischen Seite zwecks Etablierung eines Kabinetts der nationalen Konzentration eine Uebereinstimmung der hierfür in Frage kommenden Parteien herzustellen ist. Denn auch heute noch hört man, daß Hitler für sich die Kanzlerschaft fordert, was wohl nicht in den Wünschen der anderen Partner der nationalen Konzentration liegt. Die positive Einigung scheint also nicht so schnell vor sich zu gehen, wie die negative.

Die Konsequenz der Parteiführerbesprechungen

WEI, Berlin, 16. Nov. Die Absage der süddeutschen Reise des Reichskanzlers hat in politischen Kreisen natürlich erhebliche Ueberraschung ausgelöst. Die direkte Veranlassung ist in dem Ausgang der Besprechungen zu sehen, die der Kanzler heute mit den Parteiführern gehabt hat. Sie haben sich so abgelebt, daß gegen mittag zunächst die Zentrumsführer Raas und Toos in der Reichstagskammer erschienen und im Laufe des Nachmittags dann Abg. Dingeldey für die DVP, und Dr. Schäffer für die Bayerische Volkspartei. Die Einzelheiten dieser Besprechungen werden von den Beteiligten sehr ausführlich behandelt. Was aber die große Linie der Unterredungen anlangt, so hat Dingeldey dem Kanzler seine Zustimmung zur nationalen Konzentration erklärt. Das Gleiche gilt für die Stellungsnahme der Zentrumsvertreter.

Der Unterschied liegt aber darin, daß Prälat Raas hinzugekommen hat, unter der jetzigen politischen Staatsführung müsse der Versuch der nationalen Sammlung ausbleiben, und daraus ergehen sich auch Anhalt des Zentrums von selbst ableitende Konsequenzen. Diese Erklärung ist natürlich mit einer Absage gleichzusetzen, und sie dürfte auch der Tenor der schriftlichen Aufzeichnung sein, die die Zentrumsführer dem Kanzler übergeben haben. (Dieses Schriftstück wird nicht veröffentlicht werden). Es ist anzunehmen, daß die Darlegungen Dr. Schäffers für die Bayerische Volkspartei sich von dem Standpunkt des Zentrums nicht sehr wesentlich unterscheiden. Das Schwergewicht der heutigen Besprechungen liegt aber vielleicht noch stärker in dem, was der Kanzler allen Parteiführern mitgeteilt hat: Er hat mit Nachdruck seine früheren Erklärungen unterstrichen, daß nichts an der Personfrage scheitern dürfe, wenn Deutschland aus der gegenwärtigen schwierigen Situation gerettet werde. Neuhäufig geht nun die Entwicklung so weiter, daß das Kabinett sich am Donnerstagvormittag mit der Lage befaßt. Für Donnerstag wird auch die Antwort der Nationalsozialisten erwartet. Dann wird der Kanzler entweder noch am Donnerstag, möglicherweise aber auch erst am Freitag dem Reichspräsidenten über seine Besprechungen mit den Parteiführern und die Stellungnahme des Kabinetts Bericht erstatten. Es ist zweifellos, daß der Kanzler auch dem Reichspräsidenten gegenüber zum Ausdruck bringen wird, was er heute den Parteien

führen gesagt hat. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Reichspräsident dann auf Grund der heutigen Sondierungen des Reichskanzlers selbst die Parteiführer empfangen wird, um sie zu fragen, welchen Mann und welches Programm sie an Stelle der „jetzigen politischen Staatsführung“ vorzuschlagen haben.

Diese Empfinden dürften Ende dieser oder Anfang nächster Woche stattfinden.

Gerüchte über Kabinettsdemission

Die Zentrumskorrespondenz verbreitet folgende Meldung: Es ist möglich, daß eine Entscheidung noch in dieser Woche fällt und in politischen Kreisen erbaut sich in diesem Zusammenhang hartnäckig das Gerücht von einer unmittelbar bevorstehenden Demission des Kabinetts.

Die Besprechungen mit dem Reichskanzler haben infolgedessen Klarheit gebracht, als Reichskanzler von Papen nunmehr aus dem Munde der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei erfahren mußte, daß der bisherige Kurs weder in personeller noch in sachlicher Hinsicht weiter gesteuert werden kann, wenn es gelingen soll, eine Katastrophe zu verhindern. Prälat Raas hat in seiner Rede in Münster zur Zusammenfassung der politischen Kräfte, zur Bildung einer Notmehrheit und einer Notgemeinschaft aufgerufen. Es ist selbstverständlich, daß sich das Zentrum in diesem Sinne zu arbeiten verpflichtet, und daß es gegenwärtig auch keine ganze Kraft der Lösung dieser Probleme widmet. Solche Entschlüsse waren notwendig, weil der bisherige Zustand nicht weiter bestehen kann. Das Kabinett Papen ist am Ende seiner Regierungsdauer angelangt, und wenn es so weiter gehen würde, wie bisher, dann hätte man nicht nur eine organische Weiterentwicklung des politischen Lebens, sondern einen totalen Zerfall und Auseinanderfall zu erwarten.

Badischer Parteitag

Parteilgenossinnen und -genossen! Der Landesvorstand beruft hiermit entsprechend dem § 10 Abs. 4 des badischen Organisationsstatuts einen

außerordentlichen Landesparteitag auf Sonntag, den 27. November, nach Offenburg, Lokal Saalbau „Drei Könige“, Klosterstraße 9, ein. Beginn der Tagung vormittags 10.15 Uhr.

Tagesordnung: Die politische Lage in Baden. Referent für den Landesvorstand: Gen. Reinbold, Mannheim.

Die Ortsvereine werden hiermit aufgefordert, zur Tagesordnung Stellung zu nehmen und Delegierte zur Beschickung des Parteitages zu wählen.

Anträge an den Landesparteitag müssen bis spätestens 24. November beim Landesvorstand eingegangen sein. Später eingehende Anträge können in die Druckvorlage an den Parteitag nicht mehr aufgenommen werden.

Die Wahl der Delegierten hat durch die Ortsvereine zu erfolgen, und zwar wählen Vereine bis 100 Mitglieder 1 Delegierten, bis 250 Mitglieder 2 Delegierte und bis 500 Mitglieder 3 Delegierte, und für je weitere 500 Mitglieder einen Delegierten. Reste, die mehr wie die Hälfte betragen, werden für voll gerechnet.

Jeder Ortsverein erhält entsprechend seinem Delegationsrecht Mandatsformulare zugesandt. Das Mandatsformular ist vom Ortsvereinsvorsitzenden mit dem Namen des Delegierten auszufüllen und beim Betreten des Tagungsorts der Kontrollkommission zusammen mit dem Parteimitgliedsbuch abzugeben. Mandate ohne Parteimitgliedsbuch sind ungültig.

Freiheit! Der Landesvorstand: I. A.: Gg. Reinbold.

Quartierbestellung: Diejenigen Parteitagsteilnehmer, die Nachquartier gewünscht haben wollen, müssen die Vorbestellung mit Angabe des Tages, für den die Uebernachtung gewünscht wird, an die Quartierkommission in Offenburg richten. Adresse: J. B. F. n. e. r., Offenburg, Gildastr. 52. Die Parteitagskommission.

Die dänischen Wahlen

Sozialdemokratischer Erfolg
Kopenhagen, 16. Nov. Die bisher vorliegenden Ergebnisse der heutigen Wahlen zum Folketing scheinen auf einen Gewinn der Sozialdemokraten und Konservativen hinzuweisen, während die radikale sowie die gemäßigte Linke Verluste erlitten.

Trotski in Athen

Athen, 16. Nov. Trotski ist heute früh 7 Uhr im Hafen von Piräus eingetroffen. Er reiste mit seiner Frau Natalia und empfing niemanden mit Ausnahme eines Polizeioffiziers, den er bat, keinerlei Besucher bei ihm vorzulassen. Einige Kommunisten, die gegen Trotski zu demonstrieren versuchten, wurden von der Polizei abgedrängt. Um 16 Uhr wird Trotski weiterreisen. Sein Ziel ist bekanntlich Kopenhagen.

Großer Streik in Sevilla

Sevilla, 16. Nov. Die Bäckergehilfen traten heute früh in den Ausstand, dem sich bald auch die Straßenbahner und die Autodrostenhaufwerke angeschlossen, auch die Hafens- und Transportarbeiter für den Streik zu gewinnen. Ein hartes Polizei- und Militärverbot ist auszusprechen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Günstlingswirtschaft in Nazi-Oldenburg

Bevölkerung erfährt Erlösung vom „Dritten Reich“
Das Willkürregiment der Naziregierung und ihrer in den Mittelpunkt geschobenen Günstlinge löst in der Bevölkerung auf immer beständigere Empörung. Aus einem deutschnationalen Protestschreiben an die Naziregierung in Oldenburg ist zu ersehen, daß in Oldenburg die SA nicht nur Hilfspolizei ist, sondern daß hier auch mehrfach vorbestrafte Verbrecher unter Schutz gefunden haben. Zwei SA-Leute, die jetzt Polizeidienst verrichten können, werden in dieser deutschnationalen Denkschrift des Bombenattentats gegen eine Konsumvereinsfiliale beschuldigt.

Die deutschnationalen Berührung ist durch den Nazi-Regierungspräsidenten verursacht, der den demissionarischen Bürgermeistern und den Polizeikommissaren van Esch mit Gewalt ihres Amtes entsetzt, weil sie sich weigerten, zwei preußische Kriminalbeamte zu verhaften, die an der Aufklärung von Sprengstoffattentaten der Nazis gearbeitet hatten. Jetzt ist auch die Amtsenthebung des Polizeikommissars wieder rückgängig gemacht, aber der Nazi-Präsident hat ihm ein Disziplinarverfahren angedroht. Kein Wunder, wenn bereits die Wahl vom 6. November eine Katastrophe für die Nazis gewesen ist und wenn die Bevölkerung von Oldenburg die Erlösung vom Dritten Reich täglich begehrt.

Der deutsche Außenhandel im Oktober

Im Oktober haben Einfuhr (398 Millionen Reichsmark) und Ausfuhr (482 Millionen Reichsmark) um den gleichen Betrag von 38 Millionen Reichsmark zugenommen. Dem Werte nach bedeutet dies für die Einfuhr eine Zunahme von 10% Prozent, für die Ausfuhr um 8% Prozent. Der Menae nach hat die Ausfuhr nur um etwas mehr als 7 Prozent zugenommen, die Einfuhr dagegen um 11 Prozent. Infolge der Zunahme von Ein- und Ausfuhr um den gleichen Betrag beträgt der Ausfuhrüberschuss wie im September 84 Millionen Reichsmark und befreit sich für die nächsten sechs Monate dieses Jahres auf 930 Millionen Reichsmark. An der Mehrausfuhr sind mit 31 Millionen Reichsmark ausländische Waren beteiligt. Der Auslandsabsatz deutscher Waren konnte im Oktober nach fast allen Absatzgebieten gesteigert werden, insbesondere auch nach den überseeischen Ländern.

Neue Kämpfe um die Südmandschurische Bahn

Paris, 16. Nov. Nach einer Sabotagemeldung aus Schanghai setzen die Freiwilligen ihre Angriffe gegen die südmandschurischen Eisenbahnstationen in der Gegend von Rainian fort. Der Zusatzenverkehr und auch die Telegrafenlinien sind unterbrochen. Gegen Anqanti ist eine größere Aktion der Freiwilligen in Vorbereitung.

Tagesschau

München, 16. Nov. In einer Aussprache im Völkertentrat des Bayerischen Landtags bildete den Hauptpunkt der Aussprache die Frage der Wiederzulassung der 41 nationalsozialistischen Abgeordneten, die in der Sitzung vom 17. Juni d. J. auf 20 Sitzungstage ausgeschloffen worden waren. In der Aussprache erklärten sich die Nationalsozialisten bereit, ihre Klage beim Staatsgerichtshof zurückzuziehen, wenn sie ihre Mandate ausüben könnten. Schließlich einigte sich der Völkertentrat dahin, daß in der nächsten Vollziehung nach Abgabe von Erklärungen ohne weitere Debatte die Beilegung des Konfliktes erfolgt.

Genf, 16. Nov. Der im Zusammenhang mit den Genfer Unruhen verhaftete sozialistische Nationalrat Nicole steht seit zwei Tagen im Hungerstreik.

Warschau, 16. Nov. Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, die hier stattfanden, sind heute ergebnislos abgebrochen worden.

Paris, 16. Nov. In der gesamten französischen Presse ist jetzt ein erbitterter Streit wegen der Urheberhaft des Abrüstungsplans entflammt.

Bern, 16. Nov. Der Bundesrat hat gestern beschlossen, die deutsche Einfuhr von Wollecken und Damenshüten aus Stroh einzuschränken.

Das neue Etatsdefizit

Die ausweglose autoritäre Reichsregierung

Aus Berlin wird uns geschrieben: Schon seit Wochen besteht die große Befürchtung, daß das laufende Etatsjahr ein neues großes Defizit aufweisen werde, obwohl die Papentregierung einen ausgeglichene Etat übernommen hatte. Vor den Reichstagswahlen wurden solche Befürchtungen als grundlos abgelehnt. Am Samstag hat nun der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk im Reichsrat zum erstenmal Auskunft über die Finanzlage gegeben. Aus den dürftigen offiziellen Mitteilungen ist zu entnehmen, daß jetzt nach den Wahlen auch die Reichsregierung die Befürchtungen über ein neues großes Defizit als berechtigt ansieht.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk hat mitgeteilt, daß die Reichsregierung im Laufe des Jahres mit einem Ausfall bei den Steuern und Einnahmen in Höhe von 700 bis 800 Millionen Mark rechnet. Von dieser Summe fallen 40 Millionen auf das Reich, der Rest auf die Länder und Gemeinden. Wie hoch der Rückgang der einzelnen Steuern ist, zeigt die Mitteilung, daß die Zölle nicht 900, sondern nur 770 Millionen, also 130 Millionen weniger einbringen werden. Bei der veranlagten Einkommensteuer schätzt man den Ausfall auf 140 Millionen, bei der Körperschaftsteuer auf 30 Millionen. Die Umsatzsteuer wird trotz ihrer Erhöhung auf 20 Prozent der Beteiligung der Freigrenze von 5000 M. und einer wesentlichen Verschärfung der Einhebung nur einen Ertrag von 140 Millionen bringen, also den gewaltigen Ausfall von 420 Millionen zeigen.

Da etwa die Hälfte der Mindereinnahmen den Ländern zur Last fällt und Dedung durch andere Einnahmen nicht zu sehen ist, so ist es verständlich, daß mehrere Finanzminister der Länder erklärten, ihnen sei überhaupt die Aufstellung eines Etats für 1933 nicht möglich. Aber auch der Reichsfinanzminister hat für das Reich eine ähnliche Erklärung abgegeben. Trotz der zwingenden Vorschriften der Reichsverfassung, nach der dem Reichstag Anfang Dezember der Etat vorgelegt werden muß, will die Reichsregierung davon absehen. Sie fürchtet offenbar den unangenehmsten Eindruck, den die offene Darlegung der vorhandenen Finanzschwierigkeiten machen muß. Denn während die früheren Regierungen die wesentlich größeren Schwierigkeiten immer wieder meisterten und der Öffentlichkeit Rechenschaft über ihre Finanzgebahrung ablegten, hat die autoritäre Regierung es in wenigen Monaten so weit gebracht, daß sie selbst keinen Ausweg aus den Finanzschwierigkeiten mehr sieht.

Von besonderem Interesse dürfte deshalb die Mitteilung sein, daß die Landesfinanzminister neue Einschränkungen bei den Personalausgaben anregen, sei es durch direkte Kürzung der Beamtenehälter, durch Verschiebung der Zahlungsstermine oder ähnliche Maßnahmen. Obwohl der Reichsfinanzminister für das Reich solche Kürzungen als im Widerspruch mit ihrem auf wirtschaftlichem Gebiet eingeleiteten Maßnahmen ablehnt, meinte er doch, „es werde den Ländern unbenommen, von sich aus diejenigen Beschlüsse zu fassen, die sie für notwendig halten“.

Frankreichs Sparmaßnahmen

Paris, 16. Nov. (Sig. Draht.) Die französische Regierung hat am Dienstag in der Kammer den Budgetentwurf für 1933 eingebracht, der endlich Aufschluß über die Maßnahmen gibt, mit denen das etwa 8 Milliarden Franken betragende Defizit gedeckt werden soll. Das Budget balanciert mit etwa 47,8 Milliarden Franken.

Das ursprünglich vorhandene Defizit soll auf folgende Weise beseitigt werden:

1. Neue Einschränkungen bei den Sachausgaben, eine halbe Milliarde.
 2. Maßnahmen gegen den Steuerbetrug, eine halbe Milliarde.
 3. Neue Steuern, (Erhöhung der Einkommensteuer, Steuer auf Automobiltaxi-Transporte usw., einhalb Milliarden).
 4. Hebertragung einiger öffentlicher Arbeiten aus dem Budget an einen besonderen Geheftentwurf, einhalb Milliarden, (die auf dem Anleiheweg aufgebracht werden sollen).
 5. Schaffung einer Pensionskasse, deren Betriebskapital ebenfalls durch Anleihe aufgebracht werden soll, wodurch das Budget um 2,1 Milliarden entlastet wird.
 6. Senkung der Beamtenehälter und Pensionen 1,4 Milliarden. Die Senkung der Beamtenehälter beträgt 2, 3, 5, 7 und 10 Prozent, steigend mit der Höhe der Gehälter über 12 000 Franken. Ferner sollen die Repräsentationszulagen um 10 Prozent, die übrigen Zulagen, mit Ausnahme der Familienzulage um 20 Prozent gekürzt werden. Was die Erparnisse bei den Kriegsinvaliden- und Kriegsteilnehmer-Pensionen betrifft, so sollen im Kriege erkrankten Personen, die nicht an der Front gestanden haben, sowie den wiederberufenen Kriegserwitwen die Pension entzogen werden. Das gleiche ist mit den Kriegsteilnehmer-Pensionen für Personen vorzugehen, die über ein gewisses Einkommen verfügen.
- Da der Entwurf, der wegen der neuen Steuern und Anleihen von den Rechtsparteien und wegen der Kürzung der Beamtenehälter von den Sozialisten bekämpft werden wird, unmöglich bis Ende des Jahres verabschiedet werden kann, bereitet die Regierung schon einen neuen Gesetzentwurf vor, der zwischen Mitte und Ende Dezember dem Parlament unterbreitet werden soll.

Richtlinien für einen Währungsfonds

Genf, 16. Nov. Das Währungsfondssekretariat veröffentlicht heute abend einen Auszug des Berichts des Sachverständigenausschusses des europäischen Studentenkongresses über einen Währungsfonds, wie er in den Beschlüssen des Kongresses von Straßburg vorgegeben worden ist.

Der für fünf Jahre zu schaffende Fonds soll dem Bericht zufolge die Normalisierung der Geldverhältnisse in Südeuropa herbeiführen, aber nur für die Hälfte in Betracht kommen, wo Gewähr besteht, daß durch diese das Gebot, nämlich die baldmöglichste Abschließung der Handels- und Währungsbindnisse herbeigeführt wird.

Regierungsrat Hitler

6000 Mark Gehalt ohne Arbeit

Der sozialdemokratische „Volkstreue“ fragt unter der Überschrift: „Hitler verhöhnt die braunschweigische Regierung“, welche Stellung sie zu einem Interview des Pariser „Deux“ gegenüber dem Regierungsrat Hitler einnehmen wolle. In diesem Interview sagte Hitler u. a. „Ich bin unabhängig nach jeder Richtung. Ich brauche kein Geld; ich verdiene genug mit meinen Büchern, jedenfalls mehr, als ich ausgeben kann.“

Der „Volkstreue“ stellt fest, daß Hitler vor einem halben Jahre mit der ausdrücklichen Verpflichtung keinen Posten als Regierungsrat erhalten hat, Arbeitsaufträge für das Land Braunschweig herbeizuholen. Statt dessen habe

Hitler bis heute keine Minute Dienst gemacht, und die Zahl der Arbeitslosen sei weiter angeschwollen. Im Gegensatz zu allen anderen Beamten brauche der Regierungsrat Hitler von seinen Nebenbarnen nicht einen Pfennig abzuführen. Wenn er jetzt selbst erklärt, daß er mehr Geld verdiene, als er überhaupt ausgeben könne, so sei in einer Zeit angespanntester Sparmaßnahmen die

Aufwendung des Gehalts in Höhe von 6000 Mark für Hitler unverantwortlich. Der Finanzminister Dr. Rüchenthal wird aufgefordert, sich über die Tätigkeit und das Verhalten des braunschweigischen Staatsbeamten Hitler zu äußern.

Arbeitsgericht gegen Reichsbahn

Beachtenswertes Urteil des Stuttgarter Arbeitsgerichts gegen sittenwidrige Keverle

Die „Schwäbische Tagwacht“ berichtet: Die Reichsbahn schließt sich dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Bayern an! Im Bereich des Direktionsbezirks Stuttgart werden 2200 Arbeiter neu eingestellt! So ähnlich lauteten die Meldungen der bürgerlichen Presse vor einigen Wochen!

Um so erstaunter war man, als es in einem Termin vor dem Arbeitsgericht Stuttgart Ende letzter Woche offenbar wurde,

daß die Reichsbahn 1500 Arbeiter entläßt und zwar unter solchen eigenartigen Umständen, daß etwa 250 ehemalige Eisenbahnarbeiter gezwungen sind, vor dem Arbeitsgericht um ihr Recht zu kämpfen. Diese Entlassenen, die im jahrelangen Dienst bei der Reichsbahn alt und grau geworden sind, können nicht verstehen, daß sie, trotzdem die Reichsbahn vom Staat Mittel zu ihrer Weiterbeschäftigung bekommt, auf die Straße geworfen werden sollen und die Reichsbahn auf der anderen Seite noch in der Öffentlichkeit Klame mit Neueinstellungen macht.

Dies konnte auch das Arbeitsgericht Stuttgart nicht verstehen.

Es konnte dies umso mehr nicht, als sich die Reichsbahn gegenüber der Arbeiterschaft, um diese abzubauen zu können, solcher Mittel bediente, die sich der Privatkapitalismus schon wieder abgewöhnt hat. Die Arbeiter waren

unter der Drohung der sofortigen Entlassung gezwungen worden, Keverle zu unterschreiben,

nach denen sie sich mit ihrer unständigen Beschäftigung einverstanden erklären sollten. Sie waren bei der Vorlage der Keverle in einen schweren Zweifel gebracht worden. Unterschrieben sie, verloren sie ihre Rechte; verweigerten sie die Unterschrift, konnten sie sich ihr Recht nicht vor Gericht suchen, weil sie eine zumutbare Arbeit abgelehnt hätten. Der Reichsbahn wurde bei der Urteilsbegründung vom Gericht attestiert,

daß diese Keverle sittenwidrig und damit rechtsungültig seien.

Der Hauptgrund der um ihren Arbeitslohn kämpfenden Bahnarbeiter gegen ihre Entlassung war, daß vor ihrer Entlassung die Reichsbahn verpflichtet sei, die bei ihr noch herrschende

Arbeitswoche von 54 und 57 Stunden

durch Einlegung einer Forderung zu verkürzen. Um die Frage, ob dies rechtlich zulässig, technisch möglich und wirtschaftlich tragbar sei, ging der Hauptinhalt des Streites. Es wurden in der neunwöchigen Verhandlung, die von Seiten der klagenden Arbeiter von den Vertretern des Einheitsverbandes der Eisenbahner geführt wurde, alle rechtlichen und wirtschaftlichen Probleme bestritten.

Während der Verhandlung enthielten dem Vertreter der Reichsbahn gegenüber den Arbeitern Äußerungen, die schon von dem Vorsitzenden mit dem Spruch aus dem römischen Recht: „quod tibi ius, idem ius alicui“ zurückgewiesen wurden. „Was ist dein Recht? Ich kenne niemand!“ zurückgewiesen wurden. „Was ist dein Recht? Ich kenne niemand!“ zurückgewiesen wurden. „Was ist dein Recht? Ich kenne niemand!“ zurückgewiesen wurden.

„Die Arbeiter wollen sich nur die Taschen füllen.“

Diese für die Arbeiter beleidigenden Ausführungen wurden von den Prozessvertretern auf das entschiedenste zurückgewiesen.

Das Gericht verurteilte die Reichsbahn, die Arbeiter wieder einzustellen oder ihnen Entschädigungen bis zu 800 M. zu zahlen.

Es stellte sich in der Urteilsbegründung ausdrücklich heraus, daß auch die Reichsbahn sich dem allgemeinen Bestreben nach Schaffung von Arbeitsplätzen anschließen müsse und darum dem Verlangen der Gefährdeten nach Einlegung von Forderungen in den Dienst zu weichen, wo nach 54 bis 57 Stunden die Woche gearbeitet werden entsprechen müsse.

Das Gericht hat klar herausgestellt, daß auch die Reichsbahn sich dem allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen nicht verschließen darf.

Katzenjammer bei den Nazis

Zunehmende Zerlegungsercheinungen

Der nationalsozialistische „Führer“ in Karlsruhe beugt frischen Glauben an seine Partei, derweil ihr bei den Wahlen der letzten Woche immer mehr die Felle davonschwimmen. Er glaubt seinen Parteifreunden immer noch eine Situation vormachen zu können, die sich in Wirklichkeit längst geändert hat. Deshalb gibt er Gregor Straher ausführlich das Wort zu einem Aufsatz „Das Gebot der Stunde“, der mit der Erklärung abschließt: „Die außerordentlich starken, aufbauwilligen, opferbereiten, energiegeladenen Kräfte des Nationalsozialismus in die Staatsführung einzuschleusen. Und zwar ganz ohne Widerpruch, ungeteilt und uneingeschränkt, garantiert allein durch den Entschluß des Schöpfers und Führers der Bewegung.“ So bombastisch diese Sprache auch ist, so ist die Ursache dazu doch nicht gegeben. Denn es gibt fast im nationalsozialistischen Lager allen Abneigungsversuchen des Straher-Artikels zum Trotz. Der Katzenjammer tritt bei vielen bisherigen Anhängern der Nationalsozialisten klar zutage und sie fangen an, die Zerlegung der Partei zu erkennen. Einen Beitrag zur gegenwärtigen Stimmung der Nationalsozialisten liefert ein Vorgesang in Stuttgart.

Ueber eine Rede, die der

Stuttgarter Nationalsozialist Dr. Wolter,

der unglückselig vorstehender der Ortsgruppe Stuttgart des Alldeutschen Verbandes ist, in einer Versammlung dieser Organisation gehalten hat, veröffentlicht das Stuttgarter „Suedenbergsblatt“, die „Süddeutsche Zeitung“, einen sehr ausführlichen Bericht. Danach hat Dr. Wolter unter der lebhaften Zustimmung von Gefinnungsgenossen eine

starke Kritik an der Haltung und Führung seiner Partei

geübt. Er bestritt der Führung das Recht, den Verlust von zwei Millionen Wählern lediglich mit der Flucht der „Konjunkturritter“ zu erklären und zu behaupten, die Partei sei „geheftet“ aus dieser Wahl hervorgegangen. Diese Rechnung vertrat eine rein parlamentarische Denkmäler und bewies, wie wenig die Partei die Forderung der Stunde begriffen habe. Im Vordergrund stehe bei der Partei nur die einzige Frage: „Wie soll man an die

Macht kommen?“ Es sei ein offenes Geheimnis, daß innerhalb des Führerkreises ein erbitterter Kampf tobe über den Weg, der zur Erlangung der Macht einzuschlagen sei. Straher trete für das Zusammenfinden auf der „Linie Hindenburg“ ein, während Goebbels sich „auch mit dem Teufel verbinden würde“. Eine dritte Gruppe sei dem „Majenglauben“ verfallen und operiere, wie der Berliner Parteifreund bemerkt habe, mit „marginärer Strategie“. Die Reichsführung müsse sich aber darüber klar werden, daß das Spiel mit dem Stimmzettel zu Ende sei.“ Auch das Spiel einiger „Kritiker mit illegalen Methoden entbehre der begrifflichen Zielklarheit. Ueberzeugte nationalsozialistische Wähler hätten der Partei bei der Wahl eine letzte Chance gegeben. Werde die Partei nicht in die „Front sozialer Arbeit“ einleiten hinsichtlich der lebenswichtigen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, die ihrer Erfüllung barten.

so geht in weiten Kreisen das Vertrauen zu ihr verloren.

Was wir seit dem 13. August erleben, so führte der Redner aus, sei ein tragisches Schauspiel. „Wir fordern, daß Hitler das Szepter herumwirft“, damit die gesamte nationale Bewegung keinen Majenschlag ergeht. Die Verhandlungen mit dem Zentrum, das nur aus Haß gegen den Renegaten Papen jene „vertriebene Taktik“ einschlug, durch die es die Nationalsozialisten lediglich als „Sturmbod“ benutzen wollte, seien ein Fehler gewesen. Darum seien es auch keine Konjunkturritter, „sondern gerade die Ueberzeugten und Treuesten“ gewesen, die bei der letzten Wahl von der Partei abgefallen seien. „Wenn Hitler den Weg nicht bald zurückfindet, wird die ehrlichen Anhänger aus ihrem Gewissen befreit, wenn die Partei nicht bald wieder Bewegung wird — und zwar Bewegung im tiefsten Sinne des Wortes und nicht Parteibildung — dann kann für die nationalsozialistische Partei und für die nationale Bewegung

die Katastrophe nicht ausbleiben.“

Der Redner schloß mit dem Appell, „sich wieder zusammenschließen auf der Linie Hindenburg der sachlichen politischen Arbeit“.

„Ja, es gibt bei den Nationalsozialisten und die Zerlegung greift um sich, allen Beteuerungen des „Führer“ zum Trotz.

Freistaat Baden

Sparmaßnahmen in Baden

Aus Beamtentreffen wird uns geschrieben: Der badische Finanzminister Dr. Mattes hat im Anschluß an die Berliner Konferenz der Länder, „Schatzkanzler“ in einer Presse-



Hermann Müller-Lichtenberg

der langjährige Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beim Internationalen Arbeitsamt in Genf, ist seinem Vorgesetzten, Gen. Müller-Lichtenberg, der die Jahre die Sozialdemokratie im Reichstag vertrat und stellvertretender Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war, hatte bereits vor wenigen Tagen mitgeteilt, daß er sein Genfer Amt aus Gesundheitsrücksichten niederlegen müsse.

besprechung erklärt, daß weder von Reichs, noch von Landes wegen an eine weitere Gehaltskürzung der Beamten gedacht sei. Neben wolle vorerst die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben für Monat Oktober abwarten und versuchen, möglichst durch indirekte Einsparungen einen Teil des auf 11 Millionen errechneten Minusrausfalls auszugleichen. Mit dieser Erklärung hat er sich selbst der Verpflichtung zu einer weiteren Äußerung über die im Einzelnen zu treffenden Maßnahmen entzogen. Weder der Beamten, Angestellten und Arbeiter ist damit geboten, denn es kommt von keinem Standpunkt aus unerheblich diesen, in welcher Richtung sich die allein von der Finanzminister des Staates, der Gewerkschaften und Körperschaften ganz allgemein diskutierten Einsparungen bewegen werden. Neben Arbeitern und Angestellten in den öffentlichen Betrieben haben namentlich die Beamten des einflussreichen mittleren Dienstes Ursache den kommenden, durch derartige unbestimmte offizielle Auslassungen verschleierten Dingen vernünftigerweise gegenüberzusetzen. Sie sind im Gegensatz zu den oberen Beamtengruppen jeder verantwortlichen Einkommensnahme auf Personalangelegenheiten im Sinne eines modernen Beamtenvertragsrechts berechtigt und werden demgemäß mit Vorliebe zum Objekt derartiger nach außen oft nicht so deutlich in Erscheinung tretender Äußerungen.

Aus derselben Ursache müssen sich die seit dem Jahre 1924 betriebenen planmäßigen Niederhaltungsbemühungen sowohl in der Gelder als besonders aber in materieller Hinsicht erklären werden. Anders wäre es nicht denkbar, daß die nach der auf der verabschiedeten Besoldungsregelung von 1924 mit einer Aufbesserung von 17 Prozent bei der untersten bis zu 71 Prozent bei der obersten Beamtengruppe aufbauenden schematischen Besoldungsregelungen diese Besoldungsgruppen und angestrebten Besoldungsgruppen die Besoldungsgruppen trotz unvergleichbarer Steigerung der Arbeitsleistung teilweise weit unter die Vertriebsverhältnisse herabgedrückt worden. Nun steht ja das Sozialgesetz — das meines Erachtens noch nicht fertig ist — helfend zur Seite, das u. a. zahlreiche Umwandlungen von Stellen des gehobenen mittleren in solche des einflussreichen mittleren Dienstes und Uebertragung weiterer verantwortlicher Arbeiten auf dieselbe Beamtengruppe vorstelt. Diese Tatlage müßte auch für die kommenden Ereignisjahre richtunggebend sein. In diesem Zusammenhang darf auch auf den Reichshaushaltplan für 1932 hingewiesen werden, welcher im Anschluß an ein ähnliches Vorgehen im Reich die Umwandlung von etwa 2 000 Einnahmen

hellen des einfachen mittleren Dienstes in Sekretärstellen (Beförderungsfällen) vorzieht. Darüber hinaus muß aber noch verlangt werden, daß alle höher bezahlten Beamten ohne Rücksicht auf Einzuweisung und Dienstgrad (die 2. L. unter denjenigen des einfachen mittleren Dienstes liegen) entweder ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt werden, oder ihre Bezüge eine entsprechende Minderung erfahren.

Der neue Präsident des Landesfinanzamtes

D. Karlsruhe, 16. Nov. Wie wir erfahren, ist die Ernennung des Landesfinanzamtsdirektors Dr. Müller zum Präsidenten des Landesfinanzamtes Karlsruhe heute offiziell bekannt gegeben worden.

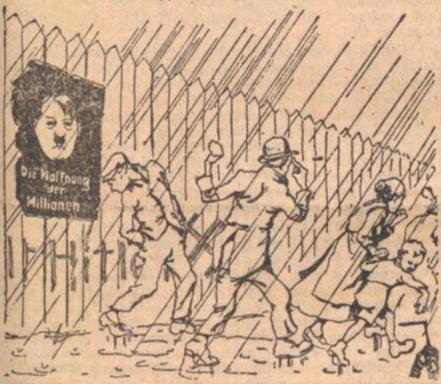
Pionierarbeit

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Viele Leute meinen, es gäbe nur beim Militär Pioniere. Die Pionierarbeit der Ingenieure, die Schanzarbeiter, die Bahnbauer und Wegebereiter gibt es auch in politischen Parteien. Die politischen Parteien können ohne sie nicht weit. Wenn du an einer Plakatwand, an einem Zeitungsstand, an der Post, am Arbeitsplatz, auf dem Wochenmarkt und wo sonst noch viel Menschen zusammenkommen auf öffentlichen Straßen und Plätzen eifrige Pionierarbeit beobachtet, dann sind Pioniere irgendeiner Partei dabei. Sie werben sich mit Leidenschaft in die Menge, schreien ihr starke Argumente an die Köpfe, setzen sich als wahre Stützen ab, wie sie aus Griechenland und dem alten Rom bekannt sind, und sie verstehen, die Leute zu gewinnen. Es gibt bezahlte und freiwillige politische Pioniere. Die Kapitalisten haben 2. B. unzählige Leute, die in großer Kleinarbeit immerhin viele Dumme gefangen haben. Die beste Arbeit leisten jedoch die freiwilligen Pioniere. Aus der Arbeiterklasse ist ein ganzes Heer solcher hervorgegangen. Gar mancherlei Umstände haben sie in den letzten Monaten in die Betriebsgemeinschaften zugeführt. Es dürfte an der Zeit sein, wieder zum Angriff überzugehen.

Die Sozialdemokratie bzw. die Eisernen Front hat in verschiedenen größeren Städten Deutschlands solche Pioniertruppen besonders organisatorisch zusammengefaßt und betreut. Es wurden dabei schöne Erfolge erzielt. Die Schammlust der rechten und linken politischen Fronte konnte mit besseren Resultaten als anderwärts abgemindert werden. Es wäre zu wünschen, daß allerorts Pioniergruppen der Eisernen Front entstehen.

Parteilosen, Genossen der Eisernen Front, werdet rafflos, unermüdlich, leidenschaftlich, ja fanatisch Pioniere für den Sozialismus!

Hoffnung a. D.



Es hat sich angehofft!

Wilhelms Filialen

Neun nationalsozialistische Verbände haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft für die monarchische Bewegung und für Wilhelm von Doorn zusammengeschlossen. Es sind folgende Verbände: „Verein der Konstantiner“, Bund der Aufrechten, Preußenbund, Deutschbanner Schwarzwaldtruppe, Verband nationalsozialistischer Soldaten, Großdeutscher Völkerverbund, Nationalverband deutscher Rabatten, Bund zur Pflege des Hohenzollerngedankens, Nationalverband deutscher Offiziere.

Diese Organisationen legen ihre Hoffnungen auf das Kabinett der Barone, von dem sie einen Anstoß zur Zerstückelung der Weimarer Verfassung erwarten. Ist die Verfassung erst einmal in Flus gekommen, so wollen sie mit ihrem Wilhelm hervortreten. Die Herren haben wieder einmal den Anschluss verpaßt! Ihre Chancen waren vor vier Wochen größer, als sie heute sind. Und kein Brief und kein Geheiß des Exzellenzrings, keine Lätationsarbeit seiner Frau wird es dahin bringen, daß ein, gestützt auf den Nationalverband deutscher Rabatten, Wilhelm, der Landflüchtige, wieder das deutsche Volk beherrscht!

„Erneuerer deutscher Kultur“

Hamburg, 15. Nov. (ZP.) Einer der üblichen Nazi-Lieberhölle auf Gauwirksamkeit, in denen überwiegend Angehörige der Einpartei verkehren, fand durch das Sondergericht in Hamburg seine Sühne. Ein Nationalsozialist wurde zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt, drei nationalsozialistische Angeklagte erhielten je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Die angeklagten Nationalsozialisten waren in eine von den Nazis dominierte Wirtschaft eingedrungen. Die alten Wirtschaftskräfte, die das Lokal schon geschlossen hatten, wurden in Schach gehalten. Die Nazis schenkten sich dann selbst Bier ein und ließen es weiterlaufen.

Schließlich nahmen sie drei gefüllte Bierflaschen und warfen mit einigen leeren Flaschen die Spiegelwände des Lokals ein. Einer der Heiden zog eine Pistole und feuerte acht Augen durch die Scheiben in die Gastwirtschaft.

Einige Tage später überflogen die vier Roubys die Wohnungen einiger früherer Nationalsozialisten, die sich von Hitler und den Seinen mit Abscheu zurückgezogen hatten.

Das feierliche Begräbnis der Gattin des roten Jaren

Militär geleitet den Sarg der im Alter von 30 Jahren verstorbenen Gattin Stalins, des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, durch die Straßen Moskaus zur Begräbnisstätte.



Aus aller Welt

Betriebsunfall in Tirol

Neutte (Tirol), 16. Nov. In einer Zementfabrik in Bils ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Durch Stauung von Brennstoff in einem Ofen erlitten fünf Personen schwere Brandwunden. Der Zustand einiger der Verletzten ist äußerst bedenklich. 2 Arbeiter sind den Verletzungen erlegen.

Bergwerksunglück in England

London, 16. Nov. Bei einer Explosion in einem Kohlenbergwerk in der Nähe von Glasgow wurden vier Bergarbeiter getötet und elf schwer verletzt.

Unwetter am Schwarzen Meer

Bukarest, 16. Nov. Ueber dem Schwarzen Meer wütet seit einigen Tagen ein schweres Unwetter. Ein Dampfer, der den Hafen von Constanta anlaufen wollte, hat sich in dichtem Nebel verirrt und ist gesenkt. Das Schiff sinkt und gibt SOS-Signale. Auch ein griechisches und ein türkisches Schiff sowie zwei rumänische Frachtdampfer haben Schiffbruch erlitten.

Eiferjudendrama

ERN, Berlin, 16. Nov. In Charlottenburg spielte sich gestern in den letzten Abendstunden ein Eiferjudendrama ab. Eine 28 Jahre alte Theaterstatistin, die dort mit einem Kaufmann einen gemeinschaftlichen Haushalt führte, schloß sich vor den Augen ihres Freundes eine Kugel in den Kopf. Sie mußte in ein Krankenhaus gebracht werden und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Die Tat war durch den Entschluß ihres Freundes veranlaßt, den Haushalt aufzulösen und eine eigene Wohnung zu beziehen.

Gerhart Hauptmann-Ausstellung

Berlin, 16. Nov. In den Räumen der Juroreien am Platz der Republik wurde heute mittags um 12 Uhr im Anwesenheit von Vertretern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden wie zahlreicher Persönlichkeiten der Kunst und Wissenschaft die Gerhart Hauptmann-Ausstellung eröffnet.

Bullerjahn-Projekt

Im Leipziger Bullerjahn-Projekt hat am Dienstag der Wittenauer Betriebsingenieur Georg Groh den Angeklagten Walter Bullerjahn befragt. Der Zeuge teilte mit, daß Bullerjahn für die von ihm verwalteten Spezialmaschinen zur Herstellung von Waffen ein weit größeres Interesse gehabt habe, als es im Rahmen seines geschäftlichen Auftrages normal gemein wäre. Der Angeklagte war sogar hochgehehrt und habe gesagt: Herr Bullerjahn ist ein Schluck. Das sind Sachen aus früheren Zeiten, die Sie nichts angehen.“ Vorfrüher: „Was hat Bullerjahn da gesagt?“ — Zeuge: „Das interessiert mich nicht, was ich sehen soll. Ich will gerade das andere sehen.“ Vorfrüher: „Weshalb wollte er nach Ihrer Ansicht wohl das frühere Material haben?“ Zeuge: „Ich nahm damals an, aus Neugierde.“

In der Nachmittags-Sitzung wurde Direktor Schweiber, der frühere Direktor des Angellagers Wittenau, über die Drohungen vernommen, die Bullerjahn vor der verhängnisvollen interalliierten Untersuchung gegen die Werksleitung ausgesprochen hat. In Uebereinstimmung mit anderen früheren Zeugenaussagen bekräftigte Direktor Schweiber, daß Bullerjahns antidirektorale Äußerungen offenbar nicht auf geheime Waffenlager, sondern auf andere, unpolitische Intorelligkeiten (Schrottschließungen ufm.) zielten.

Politische Komödie zu einem Dichter-Geburtstag

Bracht-Anbiederung an Gerhart Hauptmann
Unter Berliner SP-Mitarbeiter schreibt uns: Der 70jährige Geburtstag Gerhart Hauptmanns war dem preussischen Staatskommissar auf genug, den Stoff zu einer Komödie zu liefern, wie ihn selbst die Phantasie des gefeierten großen Dichters nicht hätte erdenken können. Die rechtmäßige preussische Regierung hätte beschließen, dem Schöpfer der „Weber“ die goldene preussische Staatsmedaille zu verleihen und dies in folgender Urkunde zum Ausdruck zu bringen:

„Die preussische Staatsregierung hat auf Vorschlag des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einstimmig beschlossen, Deutschlands und Preußens großen Sohn, Gerhart Hauptmann, als Dank für sein Lebenswerk, in dem sich das Recht Bahn brach gegen die Gewalt, der Geist gegen Hochmut und die Seele gegen alles, was die Seele tötet, zu seinem 70. Geburtstag die große goldene Medaille für Dienste um den Staat zu verleihen. Berlin, den 15. November 1932. Das preussische Staatsministerium. Braun Grimme.“

Am Dienstag früh überbrachte Kultusminister Dr. Grimme und Dr. Bracht im Namen der preussischen Staatsregierung diese Verleihungsurkunde. Gerhart Hauptmann dankte mit tiefempfundnen Worten.

Die goldene Medaille aber konnte Deutschlands größtem lebenden Dichter nicht gegeben werden, weil Herr Bracht diese Ehrenmünze eingeschlossen hat und nicht herausgab.

Der Herr Kommissar hat nämlich selbst eine Ehrenurkunde geschrieben und will die Medaille selbst überbringen. Die Regierung Braun hat nach dieser Zwidelmeynung kein Recht dazu. Ihre Urkunde erklärte er für ungültig, weil sie keinen Staatsstempel trage. Der ist im alleinigen Besitz des Kommissars.

Die Verleihung von Auszeichnungen stellt einen Hoheitsakt des Staates dar, dessen Ausübung nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes einzig und allein der erfahrungsmäßigen Regierung Braun zufällt. Im übrigen aber hätten es Takt, Würde und Anstand einem Zwiedelbruder verbieten müssen, sich an einen Gerhart Hauptmann heranzudrängeln, dessen ganzes Werk und Leben eine einzige Kampfanzeige ist gegen Müßiggang, gegen die brutale Gewalt und ihre Anbeter von den „Webern“ bis zu Hauptmanns letztem Schafte. Es ist der Schrei nach materieller und geistiger Freiheit, nach Licht und loslalen Rechten. Die Fächter des heutigen Rundsunks, die Schöpfer der Bahnhöfenverordnung, der Jeniur und der Rentenfürsorge für Witwen und Waisen — ausgerechnet die Feinde des Volkes und des Geistes als Ehrer und Verehrer Gerhart Hauptmanns. Wenn sie einen Funken Gefühl für Scham und Würde hätten, wären sie dankbar gewesen, ihr Gesicht und ihre Anwesenheit nicht einem Gerhart Hauptmann zu zeigen, der in den letzten fünfzehn Jahren mehr als deutlich bekundet hat, daß er nicht neben den Zwiedelkommissaren und Kommissaren stehen will, sondern beim Volk und den Führern der republikanischen Parteien.

Junkzenjur

Die Jeniur wütet im deutschen Rundfunk ärger denn je. Schon angelegte Veranstaltungen werden in letzter Minute wieder abgesetzt, wenn die geringsten Einwendungen von nationalsozialistischer Seite gemacht werden. So wurde ein schon seit langem angekündigtes Hörspiel „Eine allerschönliche Welt“ von G. Menzel von der Berliner Junkzenjur schließlich doch nicht aufgeführt. Das Berliner Naziorgan wußte den Grund zu berichten: Wohl habe der Autor seine Anmerkungen in der letzten Zeit gewandelt, aber der Gehörungswechsel kam in dem Hörspiel noch nicht deutlich zum Ausdruck. Also das Hörspiel war nicht nazi-echt genug.

Eine originelle, aber sehr zweifelhafte Lösung der Jeniurfrage hat man unlängst im französischen Rundfunk angewandt. Eine Theateraufführung, die übertragen werden sollte, enthielt einige gepfeiferte Couplets und die Sendeleitung fürchtete, daß sich feuchige Ohren verletzen würden. Sie gab deshalb einem technischen Beamten ein vollständiges Manuskript, in welchem die entsprechenden Stellen angezeichnet waren. Der Beamte schaltete jedesmal den Sender aus, solange der intrinierte Text gesprochen wurde. Bei derartigen Sendungen läßt ein Schweizer Sender neuerdings anlagen: „Kun find die Kinder schon schlafen gegangen. Text bringen wir...“ Ein wirklich sehr zarter Wink!

Den kleinsten vollkommenen Radioapparat hat jetzt eine amerikanische Firma auf den Markt gebracht. Er ist mit vier Spezialröhren ausgestattet, für Resonanzschluß eingerichtet und mit einem eingebauten Lautsprecher versehen. Der Apparat hat ungefähr die Größe eines kleinen Lexikon-Bandes und wird in einem Lederetui geliefert, das wie ein Photo-Apparat an einem Riemen über die Schultern gebändert werden kann.

Aus dem Gerichtssaal

Verurteilte Sinnlichkeitsverbrecher

Die große Karlsruher Strafkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Höhringer hatte am Dienstag wieder zwei Fälle zu verhandeln, in denen Erwachsene sich an Kindern unter 14 Jahren in fittlicher Beziehung vergangen haben. Im ersten Fall war der 43jährige Bobenleuger Georg Nieß aus Gonnensheim angeklagt. Er wurde zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren verurteilt. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Ein Fall besonderer Verwahrlosung war der zweite Angeklagte, der jetzt 70jährige (!) Dienstknecht Konrad Geißler aus Wolfersborn. Unter Zuhilfenahme mildernder Umstände wurde er zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren verurteilt.

Verurteilter Zechbetrüger

Im Karlsruhe, 15. Nov. Wegen Betrugs im Rückfall und Urkundenfälschung verurteilte das Schöffengericht den 19mal vorbestraften Techniker Rudolf Jordan aus Sobornersbach zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte unter Vorzeigung einer gefälschten Quittung bei einem hiesigen Kaufmann 4 M. kalifornisch und in sechs Gattigkeiten in Karlsruhe und Ettlingen Zechbetrügereien in Höhe von insgesamt 14 M. begangen. Des weiteren hatte er sich unter falschen Vorwänden einen Mantel geliehen und nicht mehr zurückgegeben.

Millionen Hausfrauen kochen MAGGI'Suppen, weil sie wissen, daß sie gut und billig sind

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

17. November.

1776 *Historiker Fr. Chr. Schloffer. — 1917 *Französischer Bildh. Auguste Rodin. — 1917 *Aufstand in Finnland. Reg. d. Soj. — 1918 Proklamation der Republik Ungarn. — 1924 *Rücktritt des österreichischen Bundeskanzler Seipel. Folgt Kamef. — 1927 *Hd. Joffe-Moskau (Freitod). — 1929 Preußen: Gemeindevahlen.

Der Oststadt-Markt zieht um

Das war gestern morgen ein Gerenn und ein Geläufe in der Oststadt. Wie bei einem großen Ereignis waren die Straßen umfüllt. Neugierige reichten die Hände, um zu sehen, was da los ist? Richtig, da wird ja der neue Oststadtmarkt eingeweiht. Der neue Platz an der Georg-Friedrich-Strasse vor dem Häuserblock des Mieter- und Bauvereins war geschmückt. Zur Feier der Einweihung waren rings um den Platz die Farben der Stadt und des Landes aufgezogen, auch die angrenzenden Bewohner hatten aus diesem Anlaß reichlich geflaggt. Ein paar Leute waren schon auf dem Markt, die große Mehrzahl stellte sich aber in der Gewigstraße zu einem kleinen Festzug auf und fuhr nachher mit den geschmückten Wagen durch die Durlacher Allee zu ihrem neuen Standort. Die Spitze des Zuges machte eine Abteilung des Karlsruher Musikvereins, dann kamen die würdigen „Stadtväter“ in der mittelalterlichen Zunfttracht, von Mitgliedern des Bürgervereins der Oststadt dargestellt und daran schlossen sich die vielen Marktleute, die mit ihrem Auto oder Fuhrwerk zum erstenmal zu ihrem neuen Platz fuhren. Von manchen der Wagen wurden neugierigen Zuschauern ein paar Äpfel und Birnen zugeworfen und dort freudig aufgenommen. Nach der Ankunft auf dem Platz wurde in einer kleinen Festlichkeit die offizielle Uebergabe des Platzes an seine neue Bestimmung gefeiert. Für die Stadtverwaltung sprach Bürgermeister Sauer einige Worte, ihm folgte dann ein Vertreter des Bürgervereins. Eine allgemeine Befestigung des neuen Marktes schloß diesen Festakt ab. Unterdessen hatte die Kapelle bereits wieder Auffstellung genommen und konzertierte munter darauf los. Zum großen Vergnügen der Hausfrauen und Arbeitslosen, die den ganzen Anlaß als erfreuliche Abwechslung im Einerlei des Alltags ansehen. Für sie und die Marktfrauen gab es auf dem Markt noch etwas erfreuliches. Jemand hatte ein Fäßchen „Ballrechter Kaffeeberg“ geholt. Dieser wurde nachher gratis verteilt. Dazu gab es noch eine Salzbrezel, für viele eine erfreuliche Sache.

Mit der Errichtung des neuen Marktes ist nun endlich ein Wunsch vieler Karlsruher in Erfüllung gegangen. Der neue Platz ist groß und übersichtlich. Die Stände können nach den Warenarten eingeteilt werden. Gestern gab es noch manchmal ein wenig Suchen, bis man seine Gemüsefrau wieder gefunden hatte. Mit dem Ausruf: „Ach, da sind Sie ja, um mir denn Sie schon überall glückt“, haben die Hausfrauen den gewohnten Stand gefunden und ihre Sachen eingekauft. Trotz dem großen Gedränge und Gedränge war wieder eine Menge „Schuldhaftigkeit“ auf dem Markt, die, weil sie schon nichts kaufen können, wenigstens den Betrieb einmal ansehen wollen. Was uns als Großstadt insbesondere jetzt auf den Winter eben fehlt, das ist die große Markthalle. Bei schlechtem Wetter ziehts auf dem neuen Platz nach Strich und Faden, gibts kalte Füße und ist für Verkäufer und Käufer im höchsten Maße ungesund. Wenn auch der Boden des neuen Platzes in guter Verfassung ist und rasch abtropft, so ist es bei Eis und Schnee sicher kein Vergnügen, vor seinem Salat zu sitzen und auf Käufer zu warten. Die Stadtverwaltung wird bei der Angriffnahme neuer Arbeiten das Projekt einer Markthalle ganz besonders unter die Lupe nehmen müssen. Im Interesse der Allgemeinheit wäre die Ausführung des Planes dringend erwünscht.

Ein Besuch in den Wohlfahrtsschüchen

Eine der wichtigsten Unterstützungsmaßnahmen der Karlsruher Notgemeinschaft ist die Abgabe von Mittagessen in verschiedenen Wohlfahrtsschüchen unserer Stadt.

Schon kurz vor 12 Uhr beginnt ein reges Leben dort. Männer und Frauen kommen, teilweise um das Mittagessen dortselbst einzunehmen, teilweise um für sich und ihre Angehörigen das Essen zu holen. Zunächst begibt sich jeder zur Kontrolle, um sich auszuweisen und zeigt die Teilnehmerkarte der Karlsruher Notgemeinschaft vor. Auf diesem Schein befindet sich für jeden Tag ein Abschnitt, welcher von der Kontrolle abgetrennt wird. Die Teilnehmerkarte muß natürlich genau geprüft werden. Sie muß die Unterschrift des Inhabers tragen und ist nicht übertragbar. Jeder Mißbrauch des Scheines führt zu sofortigem Entzug. Jeder Abschnitt bedeutet eine Beihilfe von 15 Pfg., welche die Notgemeinschaft an die Küche bezahlt. Weitere 15 Pfg. hat der Gast selbst zu bezahlen. Ist die Kontrolle ordnungsgemäß erledigt, so erhält er eine Karte und kann jetzt das Essen am Schalter in Empfang nehmen. Heute gibt es außer einer kräftigen Suppe Linsen und ein Stück Speck. Alles ist sehr gut und kräftig zubereitet und appetitlich in weihem Geschirr angedichtet. Natürlich werden wir auch einen Blick in die Küche selbst. Wir sind sehr angenehm überrascht, wie sauber und tadellos es darin ist. In riesigen Töpfen werden die Speisen von Köchinnen in weißer Schürze zubereitet. Es ist wirklich erstaunlich, wie schmackhaft und nahrhaft das Essen zubereitet wird für den Preis von 30 Pfg. im Ganzen. An den reichlichen Portionen kann auch ein großer Hunger gestillt werden. Mit großem Vergnügen sieht man die Leute froh und dankbar ihre Mahlzeit einnehmen.

Nicht alle Teilnehmer verweisen ihre Mittagessen in der Wohlfahrtsschüche. In einem besonderen Raum kann das Essen über die Straße abgeholt werden. In Rännchen oder Schüsseln holen Familienväter oder Mütter die Mahlzeit für ihre Angehörigen ab. Aber alle sind dankbar und froh, daß ihnen die Karlsruher Notgemeinschaft zu einem ganz billigen und doch guten Mittagessen verhilft. Nicht weniger als 5000 Teilnehmerkarten haben die Verteilungsstellen der Notgemeinschaft für November 1932 ausgegeben.

Gerhart Hauptmann in den Badischen Lichtspielen

Zum 70. Geburtstag Gerhart Hauptmanns bringen die Badischen Lichtspiele den Weberskinn, der schon vor einigen Jahren mit ungeheurem Erfolge die Runde durch Deutschland machte. Der Bildstreifen lebte sich eng an Hauptmanns Weber-Drama an, das nun gerade 40 Jahre alt ist. Seinerzeit verlief es dem polizeilichen

Notruf der Gastwirte

Der Karlsruher Gastwirteverein hatte für Mittwoch nachmittags zu einer öffentlichen Versammlung im „Moninger“ eingeladen. Zahlreich waren die Karlsruher Wirte, ihre Kollegen von auswärts, Vertreter der Behörden, des Verkehrsvereins und der Karlsruher Presse erschienen, um die interessanten Ausführungen des Präsidenten des Badischen Gastwirteverbandes, Herrn Adolf Knodel, über das Thema:

„Auswüchse und Schwarzarbeit im Gastwirtsengewerbe“

zu hören. In markanten Strichen zeichnete der Redner ein Bild von der augenblicklichen Lage des Gastwirtsengewerbes, das genau wie alle übrigen Gewerbe, außerordentlich unter den wirtschaftlichen Depressionen weiter Kreise zu leiden hat. Der Redner verlangte vor allem eine Senkung der steuerlichen Belastungen, denen das Gewerbe ausgesetzt ist. Insbesondere wandte er sich auch gegen Gebäudebesitzersteuer und Hauszinssteuer, die sehr zur Verschlechterung des wirtschaftlichen Standes herbeigetragen haben. Der Redner wandte sich aber auch mit aller Schärfe gegen eine weitere Senkung der Löhne der Arbeiter und der Gehaltsempfänger, die sich jedesmal unmittelbar auf das Gewerbe des Wirtes auswirken und dessen Betrieb noch weiter zum Erliegen bringen, und deshalb sich als ein absolut ungeeignetes Mittel zur Anfordelung der Wirtschaft erwiesen haben. Die Reichsregierung hat auch dem Gastwirtsengewerbe mit dem Vollstreckungsgesetz und der Unfindbarkeit der gewährten Darlehen einen gewissen Schutz gebracht, doch reicht dieser bei weitem nicht aus, um das gesamte Gewerbe, das heute vor seinem Ruin steht, wesentlich zu schützen. Der Redner kam dann auf die Auswirkungen des im Jahre 1931 in Kraft getretenen Gastwirtsengesetzes zu sprechen und stellte fest, daß sich der Wirt gegen den Alkoholmißbrauch wendet. Inzwischen ist durch neue Verordnungen auf die besondere Lage des Gewerbes Rücksicht genommen worden.

Der Redner steht auf dem Standpunkt, daß das Land Baden 50 Prozent Wirtschaften zu viel hat, daß ein Ueberfluß an Gasthäusern und Uebernachtmöglichkeiten besteht, und von den vorhandenen Möglichkeiten bis heute nur gegen 15 Prozent ausgenutzt wurden. Es muß deshalb vor allem in Baden an einen Abbau der Zahl der Wirtschaften überaus nachgedacht werden. Der Redner wandte sich dann noch vom Standpunkt des Wirtes gegen den Wirtschaftsbetrieb auf Sportplätzen, was wohl in weiten Kreisen auf Widerstand stoßen wird. Des weiteren richtet er sich gegen die Ertragsräume der Warenhäuser und verlangt auch hierbei strenge Kontrolle der Bedürfnisfrage. Auch soll die Ueberwachung der Winkelausschänken stärker als bisher kontrolliert werden. Eine Reihe weiterer Einrichtungen bezeichnend der Redner als Schädlinge am Gastwirtsengewerbe und forderte dagegen Maßnahmen der Regierung.

An die Brauereien stellt Redner die Forderung, mit dem Preis und dem Fachzins herunterzugehen.

Den mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Präsidenten Knodel folgte unmittelbar eine lebhaft geführte Debatte, an der sich eine ganze Anzahl Wirte aus Karlsruhe und Umgebung beteiligten und die alle im Sinne des Referats der Gastwirte waren. Zum Schluß verlas der Vorsitzende des Karlsruher Vereins, Herr Landolin Dörs folgende Entschließung, die einstimmig angenommen wurde:

Das deutsche Gastwirtsengewerbe steht vor dem Ruin. Die Gebäudebesitzersteuer, die das Gastwirtsengewerbe außerordentlich belastet, ist nicht zu senken. Es ist ein Unrecht, daß von den kriegsleidenden Soldaten, wie die Reduzierung der Steuern, Gartenwirtschaften, Fremdenzimmer usw. die Gebäudebesitzersteuer erhoben wird. Es wird von den zuständigen Stellen verlangt, daß die Gebäudebesitzersteuer, die Gemeindebeiträge und die Gemeindefürsorge in Höhe in Wegfall kommt. Bekanntlich wird die Gebäudebesitzersteuer nur in Wirtschaftsbetrieben erhoben, dagegen ist der Steuerzahler in der Lage, die Steuer zu vermeiden. Das bedeutet in erster Linie eine Verarmung der Bevölkerung für die Wirtsbetriebe, dagegen schon für die anderen, welche in ihren eigenen Häusern dieser Belastung nicht unterliegen. Folge davon ist die Abwanderung aus den Gaststätten. Es wird verlangt, daß die Verordnung über die Konsumsteuer seitens der Reichsregierung strenger gehandhabt, und daß von der Ausnahmestellung seitens des Ministeriums des Innern kein Gebrauch mehr gemacht wird. Auch der Ausschank von Alkohol auf Sportplätzen ist zu untersagen. Ebenso ist eine starke Einschränkung des Ausschankes von alkoholischem Getränken bei den im Sommer so zahlreichen stattfindenden Marktfesten vorzuziehen. Der Ausschank von Alkohol gehört auch nicht in Warenhäuser und Bazare, ebensowenig wie Automatensysteme in Warenhäusern. Ferner wird verlangt, daß in Zukunft keine Wirtschaftskonzessionen mehr an Betriebe gegeben werden, welche lediglich durch den Verkauf von Alkohol ihre Betriebskosten aufüllen wollen, so wie dieses bei dem sog. „Schwabenfest“ und anlässlich des Militärfestes, bei dem der sog. „Kriegsmann“ zugegen war, der Fall gewesen ist. Alles dieses bedeutet eine schwere Schädigung des konzentrierteren Gastwirtsengewerbes, schädigt nicht nur das Gewerbe, sondern auch Staat und Gemeinde sind dabei finanziell benachteiligt. Es geht nicht an, daß Einzelpersonen Wirtschaften betreiben und dann die betrieblichen Risiken der Wirtschaften auf sich nehmen. Auch die Winkelausschänke sind seitens der Regierung stärker zu überwachen, wie früher. Eine weitgehende Einschränkung der Ertragsräume der Warenhäuser ist erforderlich, wenn das Gewerbe nicht in Höhe zusammenbrechen soll. Die Wirtschaften stehen leer und ein Gastwirt nach dem anderen verläßt die Branche. Wir bitten sehr wohl, daß die allgemeine wirtschaftliche Notlage auch unter Gewerbe nicht verschont, aber auf der anderen Seite nicht so weit geht, daß die vielen Wirtschaften, die in der Lage sind, das Gastwirtsengewerbe wieder geflüßter und zahlungsfähiger zu machen, im Interesse der Allgemeinheit, auch im Interesse des Gewerbes selbst, in Wegfall kommen. Wir hoffen bestimmt, daß bei den zuständigen Stellen unter Berücksichtigung der oben genannten Punkte ein baldiges Eingreifen erfolgt und darnach gehandelt wird.

Verbot; der preussische Staatsminister von Koller konnte es ein Uff r a d r a m a. Man begreift freilich die behördlichen Befehle, wenn man in dem Stück steht, wie von den rebellischen Weibern der Kaiserin das Unternehmen geplündert, und wie sogar ein Gendarm von den Arbeiterfrauen verhöhnt wird.

Wegen seiner schweren Aufführbarkeit bekommt man das Stück auf der Bühne selten zu sehen, so daß die Verfilmung schon an sich als Verdienst erscheint. Zugleich aber entstand dabei ein sozial durchschlagendes, aufrüttelndes Kunstwerk, dessen Besuch man jedem Arbeiter empfehlen muß. In breit angelegten Massenenszenen von prächtiger Bildwirkung wird das Weiberland vorgeführt. Man sieht die Kammerfrauen ihre „Webe“ im Kontor der Herren Dreißiger abliefern, wo die Leute schikaniert werden, indem man ihnen Lohnablässe macht. Wir treten in die erbärmlichen Stützen, wo ein himmelstrebendes Geld haust. In aufsteigendem Kontrast dazu steht die reichsbesetzte Tafel des Fabrikanten und sein großbürgerlich eingerichtetes Heim. Als flotter Reservist kommt Moritz Jäger (Wilhelm Dielerle) von Berlin und stellt sich an die Spitze der Unzufriedenen. Heller Aufruhr in den Gassen, wo das berühmte Dreißigerlied ertönt; junge Frauen agitieren und übertreffen an Mut sogar die Männer. Sie bieten sich den Augen der Soldaten dar, ohne Schaden zu nehmen, während der Stubenhocker Wille an seinem Weibstuhl von der tödlichen Kugel getroffen dahinsinkt. Die wichtig abrollenden Bilder hinterlassen einen unvergesslichen Eindruck.

(1) Sitzung des evangelischen Kirchengemeindeausschusses. Darüber wird uns mitgeteilt: Der neugewählte Kirchengemeindevorstand trat am 11. November in der kleinen Kirche zu einer kurzen Sitzung zusammen. Es mußten zu den 17 von den Ehrengäbern gewählten Kirchengemeindevorständen noch drei gewählt werden. Gemäß dem Abkommen, das die Gruppen getroffen hatten, wurden die Herren: Dr. Rudolf Knauff, Gustav Schaufele und Heinrich Huber einstimmig gewählt. Auch die Wahlen zum Siebenerausschuß verliefen dem Abkommen gemäß. Die Sitzung wurde von Herrn Landgerichtspräsidenten I. R., Dr. Döbber geleitet.

(2) Seelische Krankheiten aus seelischer Not. Die katastrophale Lage aller Wälder wird hauptsächlich als „Weltwirtschaftskrise“ angesehen, weil die materielle Not in alle Länder und alle Bevölkerungsschichten eingreift. Die Verarmtheit im Dasein, die Entwertung von Idealen und Gesinnungen, die Trostlosigkeit des Einzelschicksals ist in Wirklichkeit eine „seelische“ Krise. Aus diesen Zuständen entstehen Krankheiten seelischer Art, die sich hinter körperlichen Erscheinungen verbergen. Es sei deshalb auf den sehr zeitgemäßen, am kommenden Freitag, den 18., abends 8 Uhr im Handelskammeraal stattfindenden Vortrag von Herrn Dr. Reim hingewiesen. Der Redner wird auf die Fehler in der Kindererziehung durch Schulen und Elternhaus hinweisen und neben den Voraus-

setzungen und Heilungsaussichten besonders Maßnahmen der härtesten Art aufzeigen, sodaß alle seelisch Kranken, aller weitestem Sinne Verdorben Aufschluß erhalten, was in ihrer Falle zu tun und zu lassen ist. Näheres siehe Anzeige.

Die Polizei berichtet:

Unfall mit Todesfolge

In Kappuzer kam gestern früh ein 65jähriger Landwirt bei seinem Sturz zu Fall und stieß dabei gegen einen Stein. Er erlitt dabei einen schweren inneren Verletzungen, daß er nach wenigen Stunden starb. Der nähere Verlauf des Unfalls muß erst festgestellt werden.

Kaminbrand

In der Hasanenstraße entstand gestern ein Kaminbrand. Der Kaminfeuertopf konnte die Gefahr in kurzer Zeit beseitigen, so daß der herbeigeeilte Berufsfeuerwehr nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte.

Sichspielhäuser

Das neue Programm im „Reif“

Am heute, Donnerstag, den 17. November, läuft in den Reifenspielen der große historische „Hans-Zentlin“, „Prinzessin Blauschönchen“ und der „schwarze Hahn“ aus der Zeit der Franzosenzeit. 1812. Es ist kein historischer Film im üblichen Sinne, sondern eine dramatische, bunte, bewegte Liebesgeschichte, ein Bild, das durch die Braut seiner meisterhaften Photographie auch das Auge fesselt. „Hans-Zentlin“, die das Publikum zu ihrem besten Gefühl mit einem fähigen Schach beiziehender, aufstrebender Momente. Der Reifenspieler Gerhart Hauptmann hat hier mit seiner arbeitsreichen Zusammenarbeit seinen Talent und Reizvollheiten mit dem besten Erfolg und seinem 1891 unternommen und abgedr. Die Hauptdarsteller haben hervorragende Leistungen. Madu Christian als Prinzessin Marie Julie von Württemberg, blonde, junge und schöne Frau, voller Charme, Sobert und Grazie. Conrad Reib als Rittermeister Hansgeorg von Zentlin, ein Mann, der mit Furchen aus Stahl und einem Herzen voll Treue und Liebe, fähig ist, drausanzugehen. Ferner: Ursula Graben, ein junger, fähiger Mann, daß richtig in die Welt geht; Wolf Althaus-Rein als fähiger, junger Subalternant voller Begabung und Mut; Otto Althaus als höchst vergeblicher, sehr verliebter und gänzlich un diplomatischer Diplomat und Gönner. Im Reifenspielen wird ein Film von der Reichswehr „Unser Gönner“ angeboten, der uns das Leben und Treiben und die Leistungen unserer Reichswehr vor Augen führt und jeden Deutschen interessieren werden. Zugelassen haben zur 1. Nachmittagsvorstellung um 4 Uhr bei freiem Zutritt.

Schauburg

Wie uns von der Schauburg mitgeteilt wird, kann das dort mit dem außerordentlich großen Erfolg laufende Militär-Festspiel „Kriegsmann“ heute abend, den 17. November, in der Schauburg, im „Reifenspielen“ stattfinden. Der Herr Reichswehr vor Augen führt und jeden Deutschen interessieren werden. Zugelassen haben zur 1. Nachmittagsvorstellung um 4 Uhr bei freiem Zutritt.

Veranstaltungen

Am Freitag, den 18. November, wird in der Schauburg, im „Reifenspielen“ ein großer bunter Abend veranstaltet. Der Herr Reichswehr vor Augen führt und jeden Deutschen interessieren werden. Zugelassen haben zur 1. Nachmittagsvorstellung um 4 Uhr bei freiem Zutritt. Am Freitag, den 18. November, wird in der Schauburg, im „Reifenspielen“ ein großer bunter Abend veranstaltet. Der Herr Reichswehr vor Augen führt und jeden Deutschen interessieren werden. Zugelassen haben zur 1. Nachmittagsvorstellung um 4 Uhr bei freiem Zutritt.

Etwas so ausgezeichnetes für so wenig Geld!
Sunlicht Seife
Doppelstück jetzt 27 Pfg.
Blockstück jetzt 23 Pfg.
NEU! 10-Pfg.-Packung

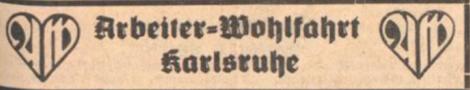
EISERNE FRONT KARLSRUHE

B. B. 2

Heute abend 8 Uhr Zusammenkunft. Alle müssen pünktlich erscheinen.

B. B. 4

Freitag, den 18. d. Mts., abends halb 8 Uhr Versammlung in der Deutschen Eiche. Wichtigste Tagesordnung. Unbedingtes Erscheinen Pflicht.



Zur Speisung in der Küche der Arbeiterwohlfahrt können auf dem Büro noch Essentarten abgeholt werden.

Kleiderlammlung der Arbeiter-Wohlfahrt „Sibt Jeder etwas, ist Vielen geholfen“

Der bevorstehende Winter wird unsere Wohlfahrtsstelle mehr wie je in Anspruch nehmen. Wir bitten alle Genossen und Freunde anderer Bewegung um Zuwendungen von getragenen Kleidern, Schuhen, Wäsche oder nützlichen Gegenständen für den Haushalt. Wir sind für alle Gaben herzlich dankbar, auch um Geldbeiträge, und wenn dieselben noch so klein sind.

Alle uns zugehenden Gaben können nach Mitteilung an die Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt von uns abgeholt werden. Geschäftsstelle: Alter Bahnhof, östlicher Flügel. Telefon 7336.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Trotz Verflachung des europäischen Hochdruckgebietes hat sich an der Gesamtwetterlage kaum etwas geändert. Über den Niederungen liegt wieder Hochnebel, während das Hochgebirge mildes und sonniges Wetter hat.

Wetterausichten für Freitag, den 18. November 1932: Fortdauer der trockenen Witterung bei nordöstlichen Winden, in tiefen Lagen kalt und meist bedeckt, auf dem Hochschwarzwald heiter.

Theater - Musik

Badisches Landesstheater

„Der blaue Vogel“ spielt

„Der blaue Vogel“, das russisch-deutsche Künstlertheater, beantragt am Freitag, 18. November, im hiesigen Konzerthaus, wo er innerhalb des letzten Jahrzehnts bereits dreimal erschien und viel bewundert wurde, wiederum ein Gastspiel unter persönlicher Leitung und Mitwirkung seines ausgezeichneten Direktors J. Jusch. Nach mehr als dreitausend Vorstellungen schneit die Gruppe der russischen Kolombinen und Pierrots immer noch durch Europa und Amerika. Welches Land der alten und neuen Welt sah noch nicht diesen Fährten die symbolische Bedeutung des „Blauen Vogels“? Nun, der Ausland seit in seinem Reiselan, so will es die Ironie des Schicksals. Das Land, das ihn als den Schöpfer der Kleinkunstbühne gefeiert hatte, bietet ihm verschlossen. — Es ist nicht nötig, dem Karlsruher Publikum zu sagen, was „Der blaue Vogel“ als künstlerische Erscheinung bedeutet, welcher Art seine Darbietungen sind, welche bunte Fülle von Wechselungen sie umschließt. Seine Leistung in ihrer Eigenart und Mannigfaltigkeit ist hier von berufener Seite oft gewürdigt worden. Juchst tritt diesmal mit neuem Programm vor uns, aus zwölf Einzelnummern bestehend, wozu noch sein persönliches Auftreten als Anführer und Erklärer kommt, und als eine „Kammer für sich“ auch diesmal ihre zündende Wirkung üben dürfte.

Auswärtige Gastspiele des Landesstheaters

Wie bekannt, ist das Feld des Wirkens unseres Badischen Landesstheaters nicht auf Karlsruhe beschränkt, sondern erstreckt sich seit langem über den Heimatbezirk hinaus. So hat es sich in der benachbarten Rheinpfalz durch regelmäßige, über den ganzen Winter verteilt Gastspiele der Ober- und des Schauspiel allgemeinen Hochschätzung in den theaterbegeisterten Städten Landau und Neustadt a. d. G. erworben und hat seit einigen Jahren auch an den Gastspielen deutscher Bühnen in Straßburg hervorragenden Anteil.

Schon bald nach Beginn des jetzigen Spieljahres errang die Oberener Bühne mit einer Aufführung von Wagners „Meistersinger“ unter der Stabführung von Josef Krips nach vorliegenden Berichten der Straßburger Presse, die von einer fast beispiellosen Einstimmigkeit sind, einen glänzenden Erfolg, man darf sogar sagen: triumphalen Erfolg. Jede der erschienenen Kritiken, sowohl in den deutschsprachigen wie in den französischen Blättern Straßburgs, schenkt mit den anderen weitestgehend zu wollen, um diese von allen guten Geistern besessene Fest- und Galadarbietung die „phänomenale“ Führung des einheimischen Orchesters durch den Karlsruher Generalmusikdirektor zu würdigen. Dieser Homage auf den musikalischen Leiter der Aufführung schließt sich kaum minder begeisterte Hochsprache für unsere Sänger und Sänginnen, für unseren von Georg Hofmann geleiteten Opernchor mit dem Eingeständnis an, daß man in Straßburg „solche Glanzleistungen längst entbehrt“ worden sei.

In Landau war es die Vorstellung von Mozarts „Figaros Hochzeit“, die gleichfalls unter dem glücklichsten Stern konstatiert ging und — unter der musikalischen Leitung von Rudolf Schwarz, wie der feinsinnigen Regie Dr. Waags — zu einer vorbildlichen, von Geist und Anmut beherrschten Mozartaufführung gedieh. Eine „erstklassige Vorleistung“ nennt sie „der Rheinpfälzer“ und von einer „Orchesterleistung aus einem Guß und Fluß“ spricht der „Rheinländer Anzeiger“. Selbstverständlich ernten dabei unsere Gastspiele, voran Franz Schuster als „prachtvoller Figaro“, Marie Franz in ihrer „reißend befriedigenden“ Rolle Fräulein, Effriede Haberkorn, Carl Derner und alle übrigen Mitwirkenden, dazu die Chöre und Choristen recht für seine hitzigen Bühnenführer, Margarete Schellenberg für die prächtigen Kostüme freudigen Dank. Das feierlich gestimmte Publikum habe einen der „schönsten Opernabende“ erleben dürfen.

Nach mit den bis jetzt gebotenen Schauspielaufführungen — „Im Sommerachtsraum“ in Straßburg, „Der 18. Oktober“ und „Das Traumvergnügen“ in Neustadt a. d. G. — errang das Landesstheater Erfolge, die denen der Ober nicht nachstehen und ebenso rückhaltlos Anerkennung fanden.

Diese außerhalb Karlsruhes erzielten unbestreitbar großen Wirkungen der Leistungen unserer Bühne tun dar, welche wichtige Bedeutung dem Badischen Landesstheater als Grenzboten deutscher Kultur in dieser Zeit zugefallen ist und wie es tut, ihm in diesem seinem Wirken keine nur irgend mögliche, großzügig-ideelle Förderung zu verweigern.

Aus der Stadt Durlach

Wir bauen das neue Land

(Zum Richtfest der Durlacher Naturfreunde beim Hüttenneubau.)

1. Wir wohnen in der Tiefe,
Um uns ist finst're Nacht;
Die Welt mit ihren Schätzen,
Die hat uns arm gemacht.
Heda, Genossen!
Den Spaten zur Hand,
Suchet und adert
Ein besseres Land.

2. Uns ist ein Licht geworden,
Das auf der Höhe flammt —
Auch dieses will man rauben —
Sind wir zur Nacht verdammt?
Heda, Genossen!
Schafft Steine herbei, —
Arbeit und Wahrheit
Macht unser Land frei.

3. Wir brechen unsre Ketten
Und flieh'n der dunkeln Nacht,
Der Weg zur lichten Sonne,
Der hat uns frei gemacht.
Gut so, Genossen.
Das Fundament flieh' —
Knechtschaft erniedrigt,
Und Freiheit erhebt.

4. Ihr Herrn der armen Knechte,
Wir schichten Stein um Stein;
So muß auch Wald und Sonne
Für uns erschaffen sein.
Frisch auf, Genossen!
Die Fadel zur Hand;
Leuchtend und stehend
Marschier'n wir ins Land.

Frisch auf.

Wasserstand des Rheins

Basel 15, gef. 9; Waldshut 22, gef. 32; Rheinweiler minus 161, gef. 4; Rehl 249, gef. 4; Maxau 387, gef. 12; Mannheim 264, gef. 4; Gaub 183, gef. 7 Stm.

Stiftungskonzert des Karlsruher Männer-Gesangvereins

Als einer der ersten Gesangvereine trat der Karlsruher Männer-Gesangverein zu seinem dieswintertlichen Konzert an. Samstag auf Samstag folgt nun ein anderer Verein. Die Festhalle dürfte zwar nicht mehr so besetzt sein, als es in den früheren Jahren der Fall war. Denn in den heutigen Zeiten ist es nicht einmal mehr allen Vereingebirgen möglich, die Veranstaltungen des eigenen Vereins zu besuchen. Der Männergesangverein hielt das Konzert zu seinem 49. Stiftungsfeste im Saale des Eintracht ab, und selbst dieser gegenüber der Festhalle kleine Saal wies noch Plätze auf.

Das Programm muß gelobt werden. Es waren durchweg Chöre von Qualität, die gelungen wurden, kamen von Komponisten von gutem und bestem Rang, wie Schubert, Weber, Brahms-Heger, Boerne. Der neuen 70 Mann starke Männerchor löste seine vielseitigen Aufgaben reiflos befriedigend. In den erprobten alten Stamm säteten sich eine Anzahl junge Stimmen ein, alle gut durchgebildet, musikalisch erzogen und bestens aufeinander abgestimmt. Der Chorleiter, Maximilian Nagel, hatte jedes Wort penflich genau, mit größter Sorgfalt einstudiert, jeder Vortrag lief so herliche, freudige Zustimmung aus. Es war ein gutes und schönes Singen. — Die Sopranistin L. Herzig sang mit klarer, heller Stimme, mit bester Einfühlung Lieber von Schumann und Hugo Wolf; der Cellist Fr. Dollmaer spielte mit ausgezeichneter Technik und starkem innerem Miterleben einige Cello-Solis; beiden war Herr W. Preis ein ausgezeichneter Begleiter am Flügel. — Die Hörschaft dankte herzlich für die vielen schönen künstlerischen Gaben und Genüsse, die ihr der Karlsruher Männergesangverein bot. Das Konzert bildete einen vielversprechenden Auftakt für das 50. Stiftungsjahr.

Die Palucca in Karlsruhe

Der neueste Tanzstar Europas, „Die Palucca“, die Tanzsensation dieser Saison, beehrte auch Karlsruhe mit ihrem Besuch und erntete im vollbesetzten Saal des Karlsruher Studentenhauses begeisterten Beifall. Was an der Tanzstunde Paluccas besonders auffällt, ist ihr kraftvoll und freudig bemühtes Körperbewußtsein, die fabelhafte Beherrschung bis in die letzten Muskeln der Fingern- und Zehenspitzen, ihr elementares Temperament, das sie oftmals wie ein junges Füllen toben läßt und ihr vollkommenes Fehlen von fühliger Sentimentalität, aber auch von krauliger Weiche und Hingabe. Das untersteht sie vielleicht von der Pawlowa, der Duncan, darin liegt ihre unvergleichliche Stärke, aber — auch ein kleiner Mangel.

Das Berliner Pöhlharmonische Orchester

Furtwängler dirigierte vor der überfüllten Festhalle — die ältesten Karlsruher werden sich nicht erinnern können, die Festhalle so dicht besetzt gesehen zu haben — Mozart, Schubert und Beethoven. In letzter Stunde wurde an die Stelle von Brahms Mozart gesetzt, leider, denn die intime Kunst, mit der Furtwängler Mozart ausdeutet, verlangt auch einen intimen Raum. Furtwängler weiß, daß die Leidenschaftlichkeit, die Mozart von einem glühenden Wort ins Herz geißelt wurde, um kein Gran leichter war, als die mit der Schubert und Beethoven angelegt waren. Nur das Echo dieser Leidenschaft war vernehmbar. Es war bei Mozart keine paradiesische Unschuld, sondern Furtwängler zeigte an der menuettlosen D-Dur-Sinfonie, der Vorläuferin ihrer drei großen Schwester, daß Feuer und Leidenschaftlichkeit auch in ihrem Schöpfer stecken. Furtwängler und seine aussergewöhnliche Künstlerkraft gaben der D-Dur-Sinfonie bei der Verlebendigung einen lebhaften Oden. Andere Register, aber immer noch im Grundton weich, betam man bei der Schubertinterpretation zu hören. Die Unvollendete wurde vollendet gespielt. Bläser, Holz und Blech, bildeten eine Edellegierung, die in ihrer Reinheit, ihrer Schladenlosigkeit an Ueberirdisches glauben ließ. Dem Titanen Beethoven stand ein Titan in der Auslegungskunst gegenüber. Furtwängler weiß, was er seinen Mitarbeitern überlassen kann, er weiß was er ihnen da und dort suggerieren muß, die fortpendierenden Kräfte in ihrer Verschmelzung brachten eine universelle Wirkung von dämonischer Kraft zustande. St.

Chefredakteur: Georg Schöpllin. Verantwortlich: Voltt, Freiburg Baden. Volkswirtschaft, Gemeindefachliches, Soziales, Feuilleton, Aus aller Welt. Die Welt der Frau. Letzte Nachrichten: C. G. R. u. d. a. m.: Groß-Karlsruhe Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Ausflüge: Josef G. H. e. t. e. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Kräger, Emdinger wohnhaft in Karlsruhe.

Vonder Mode

Es ist nicht zureichend, daß man Kunstseide und Baumwolle nur im Sommer fragen kann. Es ist aber auch durchaus nicht notwendig, daß flotte Nachmittags- oder Abendkleider für den Winter immer aus kosbaren, teuren Geweben geschneidert sein müssen. Es gibt so viele aparte Gewebe aus indanthrenfarbiger, Baumwolle, Agfa-Travis und anderen Kunstseiden, Vistra usw., aus denen sich die herrlichsten Kleider machen lassen.

All diese indanthrenfarbigen Stoffe verbinden mit der Billigkeit den Vorzug der Farbeständigkeit, denn indanthrenfarbige Gewebe sind in aller Welt als unübertroffen waschecht, lichtecht, wetterecht bekannt. Aber achten Sie stets besonders auf die Indanthren-Marke.

Was die Mode mit wenig Mitteln Schönes zu bieten vermag, sehen Sie bei der Indanthren-Modenschau:

„Ewig treu“

veranstaltet vom Karlsruher Hausfrauenbund e.V. am Donnerstag, d. 17. November, nachmittags 4 Uhr, im Saal der „Eintracht“, Karl-Friedrich-Straße. Leitung u. Ansage: Hela Strehl, Moderedakteurin von „Sport im Bild“, Berlin. Vorführung reizender indanthrenfarbiger Modelle, Indanthren-Tanz, Gruppentänze - Tanzschule von Frau Mertens-Leger. Der neue farbige Indanthren-Tonfilm „Ewig treu“, Preisfrage mit hübsch. Gewinnen, musikalische Darbietungen, Kapelle Malmsheimer Karlsruhe Eintritt frei. - Gäste willkommen

Die hiesigen Geschäfte zeigen in diesen Tagen in ihren Schaufenstern eine Fülle indanthrenfarbiger Artikel für jeden Geschmack.

- Indanthren-Waren führen u. a.:
- Dreyfuß & Siegel, Kaiserstraße
- Otto Fischer, Kaiserstraße 130
- Himmelheber & Vier, Kaiserstraße 171
- Eugen Kentner A.-G., Kaiserstraße 84
- Teppichhaus Kaufmann, Ritterstraße 5
- Inhaber Willi Tawienner
- Leipheimer & Mende, Kaiserstraße 169
- Christ, Oertel, Kaiserstraße 191
- Inhaber Heinrich Oertel
- J. Schneyer, Komm.-Ges., Kaiserstr. 95 mit sämtlichen Filialen
- Carl Schöpf, Kaiserstraße 139, Ecke Marktplatz
- Leinen- und Wäschehaus August Schulz, Herrenstraße 24
- Paul Schulz, Waldstraße 33, gegenüber dem Colosseum
- Julius Strauß, Kaiserstraße 189
- Hermann Tietz, Kaiserstraße 92



Indanthren

